

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 38 (1958-1959)
Heft: 9

Artikel: Der Unternehmer und die moderne Finanzwirtschaft
Autor: Kamitz, Reinhard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-160854>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DER UNTERNEHMER UND DIE MODERNE FINANZWIRTSCHAFT

von BUNDESMINISTER REINHARD KAMITZ

In einem ersten Teil meiner Ausführungen will ich mich mit der Frage auseinandersetzen, wie der Unternehmer in der modernen Finanzwirtschaft als passiver Teil leidend ist; in einem zweiten Teil werde ich versuchen, darzustellen, was der Unternehmer aktiv von der modernen Finanzwirtschaft erwarten darf; der Schlußteil wird sich mit den Konsequenzen befassen, die sich für unsere soziale Ordnung und unsere Gesellschaftsordnung ergeben.

Der Unternehmer als Steuerzahler

Ich glaube, es ist allgemein bekannt, daß in den letzten fünfzig Jahren die Zunahme der Besteuerung ein Ausmaß erreicht hat, das zu Bedenken und zur Revision verschiedener Gedankengänge Anlaß geben muß. Es wird heute gerne daran erinnert, daß es eine Zeit gab, in der man seine Einkommensteuererklärung öffentlich angeschlagen hat, und eine Zeit, in der es bei der Veröffentlichung der Einkommensteuererklärung das Bestreben vieler Steuerpflichtiger war, ein höheres Einkommen zu deklarieren, als sie tatsächlich erzielt hatten, nur um damit zu zeigen, wie wohlhabend sie waren. Obschon man erst vor einiger Zeit wieder versucht hat, auch bei uns die Öffentlichkeit der Einkommensteuererklärung wieder herzustellen, muß ich sagen, daß sie unter den geänderten Umständen wahrscheinlich einen ganz anderen Effekt hätte als vor etwa fünfzig Jahren. Wir haben uns daher, ich glaube mit Recht, gegen dieses Ansinnen zur Wehr gesetzt. Diese Unterschiedlichkeit der Situation gibt den Anlaß, sich ein wenig den Kopf darüber zu zerbrechen, welche Konsequenzen sich letzten Endes aus diesen doch sehr wesentlichen Verschiebungen ergeben haben.

Ich möchte zunächst eine Steuer herausgreifen, die uns allen sehr geläufig ist, nämlich die *Einkommensteuer*. Gestützt durch die klassische Nationalökonomie, aber auch auf Grund der Argumentation bedeutender österreichischer Nationalökonomien wie Menger, Wieser, Böhm-Bawerk, die Erfinder der sogenannten «Grenznutzen-Theorie», hatte man seinerzeit bei der Einkommensteuer eine sogenannte *Progression* vertreten, die uns allen heute sehr geläufig ist, nicht nur im Hinblick darauf, was sie

bedeutet, sondern auch, wie sie sich auswirkt. Man hat diese Progression in der Weise motiviert, daß man gesagt hat, der Schilling für den Mann mit einem geringen Einkommen habe eine höhere Bedeutung als der Schilling für einen Mann mit einem größeren Einkommen und es daher, von dieser Wertung des Schillings aus gesehen, selbstverständlich sei, dem Mann mit hohem Einkommen etwa um soundsoviel Schillinge mehr wegzunehmen, so daß die Wertung des Weggenommenen bei dem kleinen und großen Mann ungefähr gleich wird.

Das war der Sinn der Progression, die übrigens nicht nur aus diesen Überlegungen entstanden ist, sondern auch durch die Anregungen der Finanzminister, die auch damals schon immer mehr Geld gebraucht haben. Das geschah zu einer Zeit, in der man theoretisch, aber auch praktisch eine solche Auffassung durchaus vertreten konnte. Denn, wenn wir uns an die Höhe der Prozentsätze erinnern, die damals geherrscht haben, so wird uns klar sein, daß eine Progression unter diesen Voraussetzungen, aber auch unter den Gesichtspunkten der Grenznutzentheorie und den sozialen Bedingungen des Lebens betrachtet, zweifellos gerechtfertigt und wirtschaftlich auch vertretbar war.

Unter den heutigen Umständen gewinnt die Progression in der Einkommensteuer — aber nicht nur in der Einkommensteuer, wir haben die Progression auch bei anderen Steuern — eine ganz andere Bedeutung. Denn bei den heute herrschenden Prozentsätzen besteht die Gefahr, daß die Progression in der Einkommensteuer praktisch einer Wegsteuerung des Gewinnes gleichkommt, aus dem das Einkommen eben fließt.

Man hat sich die Frage vorgelegt — ich darf hier als Zeugen sehr unverdächtige Persönlichkeiten anführen, unter anderen hat sich Professor Hayek damit auseinandergesetzt, aber auch verschiedene andere anerkannte Wissenschaftler in den USA, — ob nicht in Anbetracht der Kenntnis der Auswirkungen dieser Situation die Frage der Progression der Einkommensteuer einmal zur Diskussion gestellt werden sollte. Ich tue das rein sachlich, ohne dabei irgendwelche Hintergedanken zu haben. Ich weiß genau: Wenn man dies heute als politische Forderung aufstellen würde, so würde man damit erzielen, als unsozialer Mensch gestempelt zu werden, als Mensch, der kein Verständnis für die Belange der Zeit besitzt und ähnliches mehr. In Wirklichkeit ist es meine Überzeugung, daß man den sozialen Bedürfnissen unserer Zeit mit den modernen Mitteln der Sozialpolitik in einer Weise gerecht werden kann, die auf dem steuerlichen Sektor nicht mehr in dieser massiven Form ergänzt werden müßte, wie es heute noch der Fall ist. Es gibt also verschiedene Wege, um den sozialen Belangen Rechnung zu tragen.

Bei der Besteuerung muß man sich vor Augen halten, daß unser Fortschritt auf materiellem Gebiet letzten Endes doch entscheidend davon abhängt und abhängen wird, inwieweit wir uns die modernen Erkenntnisse der Produktionstechnik zunutze machen, das heißt, inwieweit

wir in der Lage sind, durch entsprechendes Kapital jene Ausstattung der Produktion zu sichern, die zu einer ständigen Steigerung des Lebensstandards führt. Eines möchte ich hier in aller Einschränkung feststellen: Es können natürlich nicht die Ziele des Lebens sein, sich nur mit materiellen Dingen auseinanderzusetzen. Aber soweit die materiellen Dinge in Frage kommen, muß man so verfahren, wie es ihrer Eigenart entspricht.

Ich glaube, daß es für alle Angehörigen einer modernen Gesellschaft — seien es Unternehmer oder Arbeitnehmer — wesentlich ist, daß die Wirtschaft sich ausdehnt, daß damit zugleich die Sicherung der Arbeitsplätze und die Erhöhung des Anteils am Sozialprodukt erfolgt. Und dieses Ziel ist in meinen Augen entscheidender, als den sogenannten Neid-Komplex anzuerkennen, oder wie immer wir jene sozialpsychologische Tatsache bezeichnen, die keine andere Weisheit in sich birgt als die Feststellung: Wenn der eine so viel zahlt, muß der andere mit einem höheren Einkommen wesentlich mehr zahlen! Ich weiß nicht, ob dies das entscheidende Stimulans eines modernen Fortschrittes sein kann.

In diesem Zusammenhang fällt mir immer ein Vergleich ein: Ein Mann, der in den USA auf der Straße geht, sieht einen anderen, der ein wunderschönes Auto fährt. Er sagt sich: Es ist großartig, was der wieder erreicht hat. Wann wird die Zeit kommen, wo ich es auch so weit gebracht habe, daß ich in einem solchen Auto fahren kann? Er wird seine Kräfte anspannen und verdoppeln, um das zu erreichen. In Österreich oder auch in anderen europäischen Ländern überlegt sich der gleiche Mann, der jemanden in einem schönen Auto fahren sieht: Wann kommt die Zeit, in der der Betreffende nicht mehr in dem schönen Auto fährt?

Dieser Unterschied zeigt meines Erachtens deutlich die Einstellung zu den Dingen des Lebens. Auf der einen Seite also eine fortschrittlichere Einstellung, die das Entscheidende herausschält, und auf der anderen Seite eine Einstellung, die von irgendwelchen anderen, außerwirtschaftlichen Komplexen getrübt wird. Steht aber die scheinbare Befriedigung darüber, daß einem anderen mehr weggenommen wird, in einem Verhältnis zu dem Schaden, der mit der Vernichtung der Quellen der Kapitalbildung und damit auch der Grundlagen des modernen Fortschrittes verbunden ist? Wir müssen uns über eines klar werden: Der moderne Fortschritt kann nur durch immer neue Kapitalbildung erzielt werden, die die Möglichkeit der Produktion ausnützt. Man kann sagen, Kapital bildet auch der kleine Mann, wenn er zur Sparkasse geht und dort sein Geld einlegt. Aber es ist klar, daß auf diese Weise nur zweckgespart wird. Freilich kann man diese Ersparnisse in langfristige Investitionen konvertieren, niemals werden sie jedoch jene Investitionsbedingtheit aufweisen wie der Unternehmergegewinn. Denn wenn auch der Unternehmer noch so viel für seinen persönlichen Konsum verbraucht, so wird dieser immer nur einen Teil seines Gewinnes betragen, der naturgemäß die Anlage in

neuen Investitionen sucht. Aus dieser Quelle heraus bildet sich der entscheidende Prozentsatz des Kapitals und damit die entscheidende Grundlage unseres Fortschritts. Wenn man diese Quelle zerstört oder beeinträchtigt, dann zerstört oder beeinträchtigt man auch die Entwicklung und den Fortschritt.

Diese Überlegungen möchte ich hier zur Diskussion stellen, wobei ich ausdrücklich betone, daß man von heute auf morgen natürlich nicht von der Progression der Einkommensteuer abgehen kann. Ich weiß, welche Schwierigkeiten eine solche Umwandlung mit sich bringen würde. Aber ich glaube, daß es berechtigt ist, sich einmal die Frage vorzulegen, ob unter den heutigen Umständen noch jene Grundsätze Geltung haben können, die vor fünfzig Jahren sinnvoll waren, und ob eine entscheidende Steigerung der Steuerlasten noch verantwortet werden kann. Denn die Besteuerung des Einkommens erfolgt ja nicht nur durch die Einkommensteuer, sondern auch durch andere, zusätzliche Steuern.

Man hatte die *Körperschaftssteuer* als eine solche zusätzliche Steuer ins Leben gerufen und ging dabei von der Überlegung aus, daß die Körperschaften gegenüber den Einzelunternehmungen gewisse Vorteile hätten und für diese Vorteile auch einen Obolus entrichten müßten. Aus dieser Ausgleichssteuer ist eine neue, gigantische steuerliche Belastung des Ertrages geworden, die zwar nicht die Person direkt, aber letzten Endes doch die gleiche Quelle trifft. Es ist grotesk, daß man heute in manchen Ländern gezwungen ist, die Körperschaftssteuer auf die ausgeschütteten Dividenden zu halbieren oder nachzulassen, weil man sonst überhaupt keine oder nur geringere Dividenden ausschütten könnte und dadurch das Getriebe des Kapitalmarktes empfindlich gestört würde, da durch die Wegsteuerung der Dividenden der Anreiz, sich an solchen Unternehmungen zu beteiligen, eliminiert würde. Man sieht sich also gezwungen, solche Vergünstigungen zu gewähren.

Aber zeigt denn dieses Beispiel allein nicht schon, in welche Situation wir geraten sind, wenn wir durch zusätzliche Steuerermäßigung erst bewirken müssen, daß ein absolut normaler Prozeß der Gewinnausschüttung stattfindet? Ich glaube, das allein müßte uns zu denken geben.

Darüber hinaus ist das nicht die einzige Steuer, die das Einkommen belastet. Wir haben die *Gewerbesteuer*, die bekanntlich ebenfalls als Zusatzsteuer für die Gewerbetreibenden gedacht ist, von denen man gemeint hat, daß sie in einer besseren Situation wären als andere freie Berufe. Aus der Gewerbesteuer ist heute eine Steuer geworden, die praktisch die Höhe der Einkommensteuer erreicht, es ist also eine neue steuerliche Belastung des Einkommens, nicht als Zusatz, sondern als weitere Größe und eigene konstitutive Steuer entstanden. Das alles hat es früher nicht oder nur in beschränktem Ausmaße gegeben.

Umsatzsteuer für zusätzliche Einkommensbesteuerung

Es kommt dazu, daß bezüglich der Erhöhung der Steuerlast auch noch ein weiteres Moment wirksam ist, und zwar auf dem Gebiete der Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer hat ebenfalls früher unvorstellbare Höhen erreicht. Wir haben ausgerechnet, daß in verschiedenen Kategorien von Konsumgütern, Fertigwaren, die ich hier nicht alle anführen will, im Endverbraucherpreis zwischen 19 und 25 Prozent Umsatzsteuer enthalten ist. Das ist ein Anteil, der außerordentlich hoch ist und der mit dem Sinn dieser Umsatzsteuer und ihrer finanzpolitischen Bedeutung in gar keinem Zusammenhang steht. Daraus ergibt sich, daß die Überlegungen, die man früher bei der Umsatzsteuer angestellt hatte, heute andere geworden sind. Die Umsatzsteuer ist an sich eine Steuer, von der man wußte, daß sie im Grunde genommen — das war auch der Zweck dieser Steuer — vom Verbraucher zu tragen ist. Die finanzpolitische These war, daß man meinte, man könne durch sie jene Steuergrundlagen erreichen, die man durch ein noch so verfeinertes System der direkten Besteuerung nicht erreichen kann und es ließe sich damit eine gerechtere Verteilung der Steuerlasten durchführen.

Es war selbstverständlich, daß unter den damaligen Umständen — und die theoretische Fundierung besagt natürlich auch heute noch daselbe — die Umsatzsteuer in allen jenen Fällen überwälzt werden konnte, in denen die Nachfrage nach dem betreffenden Gut beispielsweise unelastisch ist und wo der Konsument auf alle Fälle meint, die Ware auch kaufen zu müssen, wenn sich die preislichen Verhältnisse ändern, so daß er gezwungen ist, die Umsatzsteuerlast zu übernehmen. Die Überwälzung war eine verhältnismäßig allgemeine. Im Laufe der Zeit hat sich herausgestellt, daß durch die Steigerung des Steuersatzes der Umsatzsteuer, aber natürlich auch durch das inzwischen große Anwachsen der übrigen Steuerlasten der Wirtschaft die Überwälzung der Umsatzsteuer immer schwieriger geworden ist und die Umsatzsteuer in vielen Belangen eine zusätzliche Belastung des direkten Einkommens der Unternehmer bildet. Nachdem man den Überwälzungsprozeß nicht mehr durchführen kann, also die Überwälzung auf den Verbraucher nicht mehr möglich ist, ist man gezwungen, sie ebenfalls aus dem Einkommen zu decken.

Ich behaupte nicht, daß dies ein allgemeiner Zustand ist. Er ist noch nicht allgemein. Es ist nur interessant, festzustellen, daß er in Ausdehnung begriffen ist. Und wenn wir mit der Steuerpolitik — ich sage «wir», ich denke aber jetzt nicht nur an Österreich allein — in der Form weitermachen, so kann der Fall eintreten, daß die Umsatzsteuer eines Tages eine typische Zusatzsteuer zur Einkommensteuer zu werden verspricht.

Wenn wir uns jetzt ein Bild des Ausmaßes der Belastung, die die

Wirtschaft zu tragen hat, gemacht haben, müssen wir noch eine Überlegung anstellen. Es war nämlich früher eindeutig klar, daß eine Steuer vom Ertrag preislich keine Auswirkung hat. Wenn also jemand vom Ertrag einen bestimmten Prozentsatz zu zahlen hatte, so war damit nicht gesagt, daß sich die Endverbraucherpreise verändern. Dazu bestand ja gar kein Anlaß. Heute ist es so, daß es im Leben der kapitalistischen Welt eben eine Rendite gibt und diese Rendite auch erwirtschaftet werden muß. Das heißt, wenn die Belastung durch direkte Steuern ein solches Ausmaß annimmt, daß diese Rendite nicht mehr gewährleistet ist, kann es sein, daß, im Gegensatz zu der seinerzeitigen Auffassung über die Steuern, diese Last aus der direkten Besteuerung in der Wirtschaft zur Preiskorrektur nach oben führt. Obwohl es an sich nicht in der Natur einer direkten Steuer liegt, die Preise zu beeinflussen, weil sie ja aus der Differenz zwischen Kosten und Ertrag gerechnet werden.

In der modernen Finanzwirtschaft ist der Unternehmer einer beängstigenden Steigerung aller jener Belastungen ausgesetzt, die seine Unternehmertätigkeit beeinflussen. Nun ist der Unternehmer dadurch gekennzeichnet, daß er nicht nur Initiative und Unternehmungslust entfaltet, sondern auch bereit ist, ein gewisses Risiko zu übernehmen. Nachher ist jeder immer der Gescheite und nachher hat jeder gewußt, wie man es zu machen hat. Aber im gegebenen Zeitpunkt, auf den es ankommt, richtig zu disponieren, das ist Aufgabe des Unternehmers. Und da kann es nun sein, daß er sich irrt und er diesen Irrtum mit einem hohen Einsatz, vielleicht mit seiner ganzen wirtschaftlichen Existenz bezahlt. Dieser Einsatz ist die Leistung des Unternehmers. Wenn er ein guter Unternehmer ist, wird ein solches Ereignis nicht eintreten, sondern der gute Unternehmer wird die Belohnung für die Übernahme des Risikos, nämlich den Unternehmergewinn erhalten.

Wir müssen uns darüber klar sein, daß die Übernahme des Risikos kompensiert werden muß mit einem Ertrag, und je größer dieses Risiko ist, um so größer soll dieser Ertrag sein. Wenn auf der anderen Seite der Staat diesen Ertrag oder große Teile dieses Ertrages wegnimmt, dann scheint mir, daß diese ursprüngliche Funktion des Unternehmers zu leiden beginnt. Der Unternehmer wird so in eine hoffnungslose Situation geraten, wenn die Entwicklung so weitergeht und man sich nicht entschließt, einen Weg in die andere Richtung einzuschlagen.

Ich kann sagen — ich verrate da keine Geheimnisse — ich habe auf diesem Gebiete verschiedenes erlebt. In einer solchen Situation verliert der Unternehmer seine Eigenschaft als Unternehmer, was man ihm gar nicht zum Vorwurf machen kann, was sich aber in folgendem auswirkt. Ich habe, um ein Beispiel zu nennen, einmal eine Zollsenkung eines wichtigen Importgutes hier in Österreich durchgeführt, in der Meinung, daß alle froh sein werden, daß man jetzt dieses Gut um die Hälfte des Zolles einführen könne. Aber gerade die Importeure waren darüber un-

glücklich und verzweifelt und haben von mir verlangt, ich solle ihnen die Differenz ersetzen, die sich durch die Zollsenkung ergebe. Es ist einmalig und hat in meinem Kopf keinen Platz, daß man in der Beengtheit, in der man sich befindet, sagt: Was mache ich jetzt? Ich habe so viel Stück von der Gattung auf Lager, für die ich einen so hohen Zoll bezahlt habe. Die soll ich jetzt zu einem geringen Preis verkaufen? Aber es liegt doch in der Natur des Unternehmers, daß er mit einem Wiederbeschaffungspreis zu rechnen hat und sich später die Artikel, für die er zugegebenerweise einen höheren Zoll gezahlt hat, mit einem niedrigeren Zoll nachschafft. Das ist doch eine echte Unternehmeraufgabe. Als sich dann später die wohltätigen Wirkungen dieser Zollsenkung gezeigt haben, waren natürlich alle hoch zufrieden, und jeder hat diesen Schritt von Anfang an gutgeheißen und selbst erfunden.

Ein anderes Beispiel: Bei der Angleichung unserer Wechselkurse im Jahre 1953 sind verschiedene Importeure zu mir gekommen und haben allen Ernstes verlangt, ich solle ihnen die Differenz ersetzen, die sich aus den geänderten Wechselkursen ergebe. Das sind Ideen, die in meinen Augen abenteuerlich sind, aber verständlich werden, wenn man die Situation betrachtet, die ich eben geschildert habe. Wohin führt denn der Weg des modernen Unternehmertums, wenn es nicht in der Lage ist, diese im ureigensten Wirkungskreis des Unternehmers liegenden Aufgaben zu erfüllen? Wenn der Unternehmer also in einer steuerlichen Situation ist, die ihn zwingt, bei solchen Änderungen die Hilfe des Staates in Anspruch zu nehmen — ich sage ausdrücklich: zwingt, denn er hat oft gar keinen anderen Ausweg —, dann haben wir acht, daß das freie Unternehmertum nicht von dieser Erde verschwindet. Denn wo besteht denn überhaupt noch die Möglichkeit, sich frei zu entfalten, wenn man auf der anderen Seite gezwungen ist, zum Staat zu gehen und dessen Hilfe in Anspruch zu nehmen? Denn diese Hilfe des Staates, so wohltätig sie für den Augenblick auch sein mag, hat für die weitere Entwicklung unabsehbare Konsequenzen. Ich kann hier nur sagen: «*Videant consules, ne quid res publica detrimenti capiat!*»

Der Unternehmer und die Konjunkturpolitik

Das ist die Stellung des modernen Unternehmers als leidender Teil in der Finanzwirtschaft. Er hat aber auch eine andere Stellung, in der er vielleicht vom Staat etwas erwarten kann. Es ist ohnedies wenig genug, was er erwarten kann — denn meistens tritt das ein, was er nicht erwartet, was aber doch immer wieder kommt: nämlich die ständig steigenden Kosten unter dem Titel des *Wohlfahrtsstaates*. Wenn dies auch nicht direkt etwas mit den Steuern zu tun hat, so bedeutet es aber doch eine ständige Steigerung der Produktionskosten. Denn wenn der Unterneh-

mer auch die ihm unter diesem Titel erwachsenden Kosten abziehen kann, muß er sie doch erwirtschaften, und wir wissen, daß jede Erhöhung der Produktionskosten untrennbar mit einer Schrumpfung des Produktionsvolumens verknüpft ist. Man wird mir sagen: Wieso denn, wir expandieren doch ständig? Selbstverständlich tun wir das, aber je höher die Kosten, um so geringer die Expansion, oder umgekehrt, um so größer die Expansion, je geringer die Kostenbelastung.

Der Unternehmer kann aber dennoch, im Gegensatz zu früheren Zeiten, von der modernen Finanzwirtschaft etwas erwarten. Denn die moderne Finanzpolitik ist in einem viel höheren Maße aktiv, als sie es früher war. Früher bestand die Finanzpolitik im wesentlichen in nichts anderem als in der Kassenhaltung, und die Finanzminister hatten nichts anderes zu tun, als auf der Kasse zu sitzen und sie nach allen Seiten zu verteidigen, weil jeder aus der Kasse mehr wollte als darin war. Ich will nicht sagen, daß das heute anders ist, im Gegenteil, diese Funktion ist heute noch schwieriger geworden als bei meinen Kollegen vor hundert Jahren. Wir haben aber zu dieser Aufgabe andere, neue dazu bekommen: nämlich durch aktives Eingreifen in die Wirtschaftspolitik die Wirtschaftslage und die Konjunktur zu beeinflussen. Das hat vor fünfzig oder hundert Jahren nicht zu den Aufgaben der Finanzpolitik gehört, stellt jedoch heute und in Zukunft zweifellos einen wichtigen Bestandteil im Instrumentarium der Finanzpolitik dar.

Ich möchte nur ganz kurz auf dieses sehr reizvolle und außerordentlich interessante Gebiet eingehen, um einen Überblick über das zu geben, was in dieser Richtung zu erwarten ist.

Zunächst einmal die Feststellung, daß es seit etwa 20 bis 25 Jahren klar geworden ist, daß sich eine Krise, wenn sie eintritt, nicht wieder von selbst auflöst und einem neuen Aufschwung Raum gibt, sondern daß diese Krise in sich zerstörende Kräfte gebiert, die zu einem Phänomen führen, das man als die sogenannte «sekundäre Deflation» bezeichnet hat, eine Erscheinung, die uns allen aus den Jahren 1931 bis 1938 hinlänglich bekannt ist. Man ist sich klar darüber, daß etwas geschehen kann und soll, um diese sekundäre Deflation, die aus dem Krisenprozeß selbst entstehenden und kumulativ abwärts wirkenden Kräfte, auszuscheiden. Und da hat sich ein ganzes Instrumentarium von Überlegungen ergeben. Eine, mit der man sofort bei der Hand war, waren die Steuern. In der modernen Finanzwissenschaft sind die Steuern ein beliebtes Diskussionsobjekt, vor allem aber bei denen, die immer mehr Geld verlangen.

Warum soll man im Zusammenhang mit der Konjunkturpolitik die Steuern diskutieren? Man sagt nämlich, wenn die Konjunktur in die Höhe geht, sollen die Steuern erhöht werden, und wenn die Konjunktur heruntergeht, soll man die Steuern nachlassen und die dadurch freiwerdende Kaufkraft der Wirtschaft wieder zur Verfügung stellen.

Das wird sehr ernstlich diskutiert und von bedeutenden Persönlichkeiten in Europa und auch in Amerika vorgeschlagen. Ich weiß nicht, wo dieses wunderschöne Land liegen mag, in dem man eine solche Politik anwenden kann. Ich weiß nur eines: Würde man die Steuern in der Konjunktur erhöhen und damit mehr Einnahmen erzielen, so würden diese Einnahmen sofort von tausend gierigen Händen konsumiert werden. Die Möglichkeit, sie in der Krise wieder herzugeben, besteht einfach nicht, weil sich ja jeder mit Zähnen und Händen an das klammert, was er besitzt und es nicht mehr hergibt. Die Befolgung dieses Rates würde dazu führen, daß wir auf dem wunderschönen Weg der Steigerung der Steuerlast weitergehen, ohne damit einen konjunkturpolitischen Zweck erzielt zu haben.

Ich bin daher persönlich der Meinung, daß man vom Staat gewiß bedeutende konjunkturpolitische Maßnahmen erwarten kann, aber nicht auf dem Weg der Steuererhöhung. Ich bin der Auffassung, daß der Staat dabei folgende Mittel zur Verfügung zu stellen hat: In erster Linie muß man von seinem unmittelbaren budgetären Einfluß ausgehen. Durch *das außerordentliche Budget* kann er durch höhere oder geringere öffentliche Investitionen, die aber nicht mit Hilfe zusätzlicher Steuern, sondern langfristiger Kredite durchgeführt werden müssen, mehr oder weniger Impulse der Wirtschaft zuführen. Etwa so, wie wir es für das Jahr 1958, wie ich glaube, mit Erfolg gemacht haben, indem wir in diesem Jahr, in dem gewisse Auswirkungen der Regression fühlbar wurden, wesentlich stärkere Mittel für das Investitionsprogramm zur Verfügung gestellt haben.

Dies allein kann jedoch nicht maßgebend sein, sondern dazu gehört eine Kombination mit anderen Methoden, vor allem mit denen der allgemeinen Kreditpolitik, und zwar der Kreditpolitik im Wege der Diskontpolitik und im Wege der allgemeinen Kreditplafondspolitik, wie sie heute modern geworden ist. Schließlich gehört dazu auch eine Politik der Steuerermäßigung, wenn das möglich ist. Bei uns war es im Jahre 1958 möglich. Wenn es sich also durchführen läßt, eine Krise mit Senkung der Steuerlast zu bekämpfen, soll man es tun.

Ich möchte aber betonen, daß diese Aufgabe, die der Staat hier zu erfüllen hat, durch eine wohlüberlegte und kombinierte Aktion aller dieser Methoden gelöst werden muß. Ich bin auch überzeugt, daß es durchaus möglich ist, mit solchen Methoden sehr weitgehend auf die Konjunktur Einfluß zu nehmen. Ich muß hier allerdings einen kleinen Vorbehalt machen: Ich glaube nicht, daß dies möglich sein wird, wenn ein Land allein eine solche Politik betreibt. Denn es ist unmöglich, mit noch so großen öffentlichen Aufträgen jene wirtschaftlichen Kräfte zu ersetzen, die aus der Tätigkeit der breiten Unternehmerschicht erwachsen und die also in der originären Entwicklung der Wirtschaft verankert sind. Und wenn ein Land — alleinstehend etwa — unternehmen würde,

das zu tun, während in den anderen Ländern die krisenhafte Entwicklung weiterginge, würde das keinen Erfolg darstellen, sondern zu einer Situation führen, in der die Aufbringung der dazu erforderlichen Mittel nicht mehr möglich wäre und sich dieses Land schließlich auch in dem allgemeinen Strom der Krise mit verfangen würde. Wenn man eine solche Politik für richtig hält, ist es daher entscheidend — ich spreche hier ausdrücklich über die Grenzen Österreichs hinaus — zu einer internationalen Koordinierung dieser Politik zu gelangen. Wenn man gewillt ist, eine Krise wirksam zu bekämpfen, muß man sich jedenfalls auch auf internationaler Basis darüber klar sein, daß man etwas zu unternehmen hat.

Ich glaube, wenn wir in Österreich mit unserer bescheidenen Antikrisenpolitik Erfolg haben sollten, dann hauptsächlich deswegen, weil man in den USA und anderen wichtigen Ländern ebenfalls eine entscheidende Antikrisenpolitik betreibt und daher damit zu rechnen ist, daß in absehbarer Zeit, wahrscheinlich schon Ende dieses Jahres, der Schwächezustand in der internationalen Wirtschaft überwunden sein wird und wir Gelegenheit haben werden, dort anzuschließen, wo wir 1957 aufgehört haben. Wäre das nicht der Fall, würde das Beginnen der Krisenbekämpfung eines einzelnen Landes in eine hoffnungslose Situation geraten. Nur eine gemeinsame Aktion und die gemeinsame Abstimmung einer allgemeinen Konjunkturpolitik oder Krisenpolitik, oder wie man es bezeichnen will, wird Aussicht auf echten Erfolg haben.

Ich muß darauf hinweisen, daß diese Überlegungen allmählich an Boden gewinnen, daß in allen Ländern der Welt das Postulat der Vollbeschäftigung anerkannt ist, auch in den USA. Der Streit geht nur darum, was man unter dieser Vollbeschäftigung zu verstehen hat. Wir — und hier möchte ich von der bürgerlichen Seite das Problem betrachten — verstehen unter Vollbeschäftigung die Ausnutzung und Entwicklung der im Lande verfügbaren produktiven Kräfte, aber nicht eine Vollbeschäftigung um jeden Preis, etwa in dem Sinn, daß man noch und noch in die Wirtschaft hineinpumpt. Das würde letzten Endes nur dazu führen, daß einer dem anderen die Arbeitskräfte und die Produktionsmittel wegengagiert, mit dem Erfolg, daß zwar insgesamt nicht mehr dabei herauschaut, aber das wechselseitige Weglizitieren die Preise steigert und damit der Wert der Währung gefährdet wird, und die wirkliche Grundlage jeder aktiven Konjunkturpolitik ins Schwanken gerät.

Es gibt keine aktive Konjunkturpolitik, die auf einer schwankenden oder sich entwertenden Währung aufbaut. Eine sich entwertende Währung läßt jene Möglichkeit der aktiven Konjunkturpolitik, nämlich auf den Kapitalmarkt zu gehen und von dort öffentliche Arbeiten zu finanzieren, nicht offen. Es gibt nämlich dann gar keinen Kapitalmarkt, der diese Möglichkeiten erlauben würde. Ein solches System würde es nicht ermöglichen, eine vernünftige Ordnung auch in den Maßnahmen der Konjunkturpolitik sicherzustellen.

Man muß sich jedenfalls darüber klar sein: Es muß ein einheitliches System gefunden werden, ein System, das letzten Endes einer gewissen internationalen Harmonisierung bedarf, und es muß in einer Form angewendet werden, die die Grundlagen, die ich vor allem in der stabilen Währung sehe, nicht gefährdet.

Was der Unternehmer von der modernen Wirtschaft erwarten darf, ist: daß der Staat eine Politik betreibt, die ihm seine Dispositionen leichter macht und er damit rechnen kann, nicht von Zeit zu Zeit durch schwere Krisen, die eine Freisetzung von Kapital und eine Vernichtung der Produktionsmittel mit sich bringen, immer wieder in seinem Erfolg zurückgeschlagen zu werden.

Das ist also eine positive Seite der modernen Finanzpolitik, wobei ich gar nicht behaupten möchte, daß diese positive Seite in der Lage ist, das große Negativum, das ich bereits behandelt habe, etwa zu kompensieren. Ich glaube vielmehr, daß es sich dabei um Dinge handelt, die völlig gesondert behandelt werden müssen und die positive Seite noch viel großartiger sein könnte, wenn man in der allgemeinen Besteuerungspolitik einen vernünftigen Weg beschreiten würde.

Ich möchte hier noch eine interessante Tatsache erwähnen, die eigentlich noch zum Abschnitt «Der Unternehmer als Steuerzahler» gehört. Die steuerliche Überlastung der Wirtschaft wird nämlich schon daraus ganz deutlich erkennbar, daß eine Senkung der Steuerlasten keine Verringerung der Steuereinnahmen mit sich bringt, sondern im Gegenteil zu Mehreinnahmen führt. Das ist ein Beweis dafür, daß in der Besteuerung des Ertrages der sogenannte Optimalpunkt überschritten wurde und es zwar noch möglich ist, die Belastung zu steigern, jedoch nicht mehr möglich ist, die Einnahmen entsprechend zu erhöhen. Die Wirtschaft reagierte auf die Entlastung in einem solchen Maße, daß die allgemeinen Einnahmen, trotz der Senkung, noch anstiegen. Bei uns in Österreich zumindest war es so, und es würde auch in anderen Ländern, die ein ähnliches Besteuerungssystem haben, die gleiche Konsequenz eintreten.

Folgerungen für unsere soziale Ordnung

Zum Abschluß möchte ich mich nun mit einigen grundsätzlichen Erwägungen befassen. Ich habe hier von der Stellung des Unternehmers in der modernen Finanzwirtschaft gesprochen, und ich habe gemeint, daß dieser Unternehmer eine besondere Charakteristik aufweist: daß er nämlich ein Mann ist, der sich auf Grund seiner Gedanken, seiner Überlegungen, seiner Initiative frei entfalten kann, entfalten soll, ja daß es geradezu sein Charakteristikum ist, daß er dies tut und er ein Risiko übernimmt. Er kann aber nur so handeln, wenn er frei ist und wenn ihm

die Finanzpolitik die Möglichkeit zu dieser Freiheit erschließt, das heißt, ihm zumindest eine solche freie Disposition nicht unmöglich macht.

Aber es ist doch zweifellos so — und das kann man nicht deutlich genug herausstreichen —, daß die Position des freien Unternehmers heute durch zwei Entwicklungen in der Finanzwirtschaft gefährdet ist. Die eine dieser Entwicklungen, nämlich die ständig steigende Belastung durch Abgaben und Steuern, habe ich schon charakterisiert. Ich habe ein Buch eines Finanzministers gelesen, der dort ausdrücklich feststellt, daß der Sozialismus gar nicht revolutionär zu sein brauchte und er gar nicht besonders radikale Schlagworte und Begriffe an die Spitze seines Programmes zu setzen brauchte. Es genüge, wenn die ständig steigenden Steuerlasten letzten Endes zu einer faktischen Enteignung der Unternehmer führten. Denn ob dieser Unternehmer, wenn er keinen Ertrag oder nur mehr einen geringen Ertrag erzielt, nominell noch Eigentümer der Produktionsmittel ist, ist dann nicht mehr von Bedeutung. Das scheint mir eine Frage von entscheidender Bedeutung zu sein. Wenn nämlich einmal ein solcher Zustand erreicht ist, stehen wir bereits am Beginn der Vernichtung des freien Unternehmers. Man wird ihm sagen: Du hast ja keine Funktion mehr, du mußt ja praktisch das machen, was wir von dir verlangen, sonst gewähren wir dir die Hilfe nicht mehr, um die du zu uns kommst! Sollte ein solcher Zustand eintreten, dann wäre der Unternehmer in seinen Entschlüssen nicht mehr frei, sondern abhängig von dem, was über ihn verfügt wird. Dies wäre aber genau so wie die ständig steigenden Steuerlasten ein unweigerlicher Schritt in den Kollektivismus oder zum Ende des freien Unternehmertums.

Ich möchte hier sagen: Ich werde, solange ich Finanzminister bin, keine wie immer geartete Vorlage einer Steuererhöhung einbringen, gleichgültig auf welchem Gebiete das stattfindet! Warum? Mag ein solcher Vorgang auch scheinbar für den Betreffenden erträglich sein, es gibt sogar Fälle, wo man sagen kann: Ja, der zahlt das sehr gerne, wenn man ihm klar macht, daß er dafür das und jenes bekommt. Das mag alles zutreffen, aber wir dürfen nie vergessen, daß jedes Scherflein, wo immer es sich findet und wo immer man es jemandem abnimmt — möglicherweise auch in einem Verhältnis, wo man sagen kann, er werde wirklich nicht sehr dagegen opponieren —, dazu führt, daß der Anteil der öffentlichen Hand am Sozialprodukt wächst. Und je stärker dieser Anteil wächst, um so unfreier werden wir alle, die in dieser Gesellschaftsordnung leben.

Ich wiederhole: Gleichgültig, wo das nun im konkreten Fall geschieht! Und deswegen, glaube ich, muß man, wenn man von dieser Auffassung überzeugt ist, diese Linie unter allen Umständen verteidigen.

Der zweite Weg, der zur Unfreiheit führt, ist der Weg der Geldzerstörung. Das heißt also, das Entwickeln einer galoppierenden oder schleichenden — oder was immer wir sagen wollen — Inflation, mit der

Konsequenz, daß eine solche Entwicklung zu einem weitgehenden Dirigismus führt, daß neue Kommissionen entstehen, die in die Belange der Wirtschaft eingreifen.

Was würde geschehen und wie würde sich die rasche Ausbreitung des Einflusses von allen möglichen Kammersekretären und auch sonst sehr hochachtbaren Personen in das Gebiet der Wirtschaft auswirken? Wie rasch würde jeder einzelne wieder nicht mehr Herr seiner selbst sein, sondern in seinen Entscheidungen von dem Wohlwollen dieser betreffenden Personen und Apparatschiks abhängen?

Auch auf diesem Weg kann man das freie Unternehmertum beseitigen, auch auf diesem Weg kann man zu einer Situation kommen, in der es eine solche Persönlichkeit, wie ich sie geschildert habe, wie sie eben der Unternehmer in der sozialen Marktwirtschaft darstellt, nicht mehr gibt. Wenn aber dieser Typus verschwindet, besteht keine Aussicht mehr, daß es noch andere Positionen in unserer Gesellschaftsordnung geben wird, die frei sein werden.

Ja, wer wird denn dann noch frei sein? Wir erleben auf einem sehr wichtigen Gebiete, nämlich dem der Medizin, eine Entwicklung, die zu größter Besorgnis Anlaß gibt. Dieser ehemals freie Berufsstand der Ärzte beginnt sich allmählich zu einem Angestelltenberufsstand der Krankenkassen zu entwickeln. Wie wird die Entwicklung bei anderen freien Berufen, dem Beruf des Rechtsanwalts usw. sein, wenn einmal dieser Virus der Entmachtung der freien Persönlichkeit seinen Fortgang nimmt? Und diesen Virus kann man dadurch zur Entfaltung bringen, daß man entweder eine Politik der ständig steigenden Enteignung der Menschheit durch Steuern oder aber durch eine entsprechende Währungspolitik, also durch eine schleichende Inflation, herbeiführt.

Ich glaube, man kann heute nicht deutlich genug alle Verantwortlichen auf diesen Umstand aufmerksam machen. Wir können die Gesellschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft oder wie immer wir das nennen, jenes Gebilde, in dem sich die freien Unternehmer noch erhalten, nur bewahren, indem wir entschieden dafür kämpfen, daß die hiefür notwendigen Voraussetzungen gewahrt bleiben.

Dazu gehören auch auf finanzpolitischem Gebiet einige Dinge, die ich dargestellt habe. Ich möchte jedoch mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß es sich dabei nur um einen Teil eines viel größeren Komplexes handelt.

Natürlich gehört zu diesen Überlegungen auch eine gewisse geistige Haltung, die Überzeugung, daß wir heute auch geistesgeschichtlich auf einer Entwicklungsstufe stehen, in der sich mit aller Deutlichkeit die ideologische Erschöpfung des Marxismus nachweisen läßt, aus der wir sehen, daß wir einer ganz neuen Art der Weltbetrachtung zustreben, die zum integralen und ganzheitlichen Denken führt.

Es ist jetzt nicht meine Aufgabe, dieses Thema zu behandeln. Ich

wollte damit nur sagen: Alles zusammen bildet ein Ganzes, und die Finanzpolitik ist nur ein Teil jener geistesgeschichtlichen Neuformungen innerhalb der Entwicklung, die in der Welt seit der Jahrhundertwende — namentlich seit den bahnbrechenden Erfindungen Einsteins, Plancks und Heisenbergs — stattgefunden hat, der Entwicklung, die sich heute mehr und mehr vor unseren Augen abspielt.

Meine Ausführungen sind nicht als die Propaganda eines Finanzministers zu werten, sondern als Ausführungen eines Menschen, der ernstlich darum besorgt ist, daß unsere Gesellschaft, wenn wir nicht rechtzeitig die Fehler erkennen und ihnen nicht rechtzeitig begegnen, unter Umständen ohne unser Wollen und ohne Vorhandensein der notwendigen geistigen Voraussetzungen in einen Zustand kommen könnte, den wir alle miteinander nicht herbeisehn, sondern den wir im Gegen teil aus vollstem Herzen bekämpfen.

DAS EVANGELIUM UNTER DER JUGEND VON HEUTE

von HANS HEINRICH BRUNNER

Bei den folgenden Ausführungen liegt das Hauptaugenmerk nicht auf der Schuljugend, sondern auf der heranwachsenden Generation junger Menschen im Bereich zwischen Volksschulalter und Berufsleben. Über diese Jugend eine allgemein gültige Aussage zu machen ist allerdings darum von vornherein ausgeschlossen, weil es — wie allen bekannt ist, die mit der jungen Generation in enger Fühlung stehen — «die» Jugend gar nicht gibt. In früheren Zeiten mag es eher möglich gewesen sein, generelle Linien in der Denkart und Verhaltensweise dieser Altersgruppe aufzuzeigen. Heute erweisen sich Verallgemeinerungen auf diesem Gebiet nicht mehr als sehr sinnvoll. Der Grund liegt in der stets fortschreitenden Aufsplitterung der modernen Gesellschaft in zahllose Untergruppen als Folge eines individualistischen Menschenbildes, das ja trotz — oder gerade auch in — den Vermassungserscheinungen unserer Zeit die Vorherrschaft innehaltet. Diese Aufsplitterung steht, bei einer engen Wechselbeziehung von Ursache und Wirkung, in deutlichem Zusam-